

Stellungnahme des Vorstands des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) zum vorgeschlagenen Verbot des Präsenzunterrichts auf Tertiärstufe

Im Dezember letzten Jahres schlug der Bundesrat den Kantonen vor, den Präsenzunterricht zu verbieten. In einer [Stellungnahme](#), die am 11. Dezember 2021 veröffentlicht und den zuständigen Bundes- und Kantonsbehörden zugestellt wurde, hat der Vorstand des VSS auf diese Massnahme reagiert und den Bundesrat aufgefordert, darauf zu verzichten. Wir freuen uns, dass dieser Appell erhört wurde.

Heute und nach dem neuen Vorschlag des Bundesrates, den Präsenzunterricht an den Schweizer Hochschulen zu verbieten, möchten wir unsere Überlegungen und Forderungen in Erinnerung rufen und unsere Opposition gegen die Rückkehr zum Fernunterricht zum Ausdruck bringen.

Wir fordern, dass die Bedeutung der tertiären Bildung gebührend anerkannt wird.

In dem vom Bundesrat vorgelegten Vorschlag bleiben Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Veranstaltungen in geschlossenen Räumen mit der Einführung des 2G- oder 2G+-Prinzips offen. Die Hochschulen hingegen werden gezwungen, zu schliessen und ihren Unterricht aus der Ferne abzuhalten. Diese Ungleichbehandlung ist in unseren Augen unbegründet.

Erstens berücksichtigt sie nicht, dass ein hoher Anteil der Studierenden geimpft ist, dass sich die Schutzpläne der einzelnen Hochschulen als wirksam erwiesen haben und dass bisher keine Cluster an den Hochschulen festgestellt wurden.

Zweitens berücksichtigt sie nicht die grundlegende Bedeutung der tertiären Bildung für die gesamte Gesellschaft. Indem sie strengere Bedingungen für Bildungsstätten als für Diskotheken vorsieht, erweckt sie den Eindruck, dass erstere weniger wichtig wären als letztere.

Wir fordern die Fortsetzung des Präsenzunterrichts.

Der Vorstand des VSS versteht die Notwendigkeit, die Ausbreitung dieser neuen Welle zu bremsen. Wir lehnen jedoch die Schliessung von Hochschulen und die Verpflichtung zum Fernunterricht ab. Ausserdem ist es für uns klar, dass Bibliotheken und Archive offen bleiben und dass Prüfungen in den Modalitäten durchgeführt werden müssen, die angekündigt wurden.

Der Zugang zu Bildung und Ausbildung ist von grundlegender Bedeutung für die gesamte Gesellschaft. Fernunterricht erschwert zum einen den Austausch und die Diskussion zwischen Lehrenden und Studierenden. Andererseits wirken sich der ständige Kontakt mit Computern und das Gefühl der Einsamkeit sehr stark auf die psychische Gesundheit und die Motivation der Studierenden aus, die sich bereits in einem problematischen Zustand befinden, wie die letzte Erhebung des BFS zeigt. Um eine möglichst optimale Ausbildung zu ermöglichen und die psychische Gesundheit der Studierenden zu erhalten, muss die Rückkehr des Fernunterrichts um jeden Preis verhindert werden!

Der VSS ist zudem der Ansicht, dass die Schliessung von Hochschulen angesichts der Tatsache, dass Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen geöffnet bleiben und Veranstaltungen in Innenräumen weiterhin erlaubt sind, inkonsequent ist. Die [Hochschulen](#) schätzen den Anteil der geimpften Studierenden auf 85 bis 90%, während die allgemeine Impfquote nur bei etwa 70% liegt. Da die Hochschulen von einem überwiegend jungen und geimpften Publikum besucht werden, ist das Risiko einer Virusverbreitung und von Komplikationen geringer als bei den oben genannten Einrichtungen.

Der Vorstand des VSS begrüsst jedoch die strengeren Hygienevorschriften, die von den Hochschulen eingeführt wurden. In Kombination mit der Anwendung des COVID-19-Zertifikats ermöglichen sie bereits einen guten Schutz. Es muss jedoch weiterhin darauf geachtet werden, dass es digitale Alternativen gibt, um den Zugang zur Hochschulbildung für alle zu gewährleisten.

Wir fordern, dass der psychischen Gesundheit der Studierenden besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Laut der [BFS-Umfrage 2020 zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden](#) hatten viele Studierende bereits vor der Pandemie mit psychischen Problemen zu kämpfen. Mehr als 23% der Studierenden würden an einer schweren Depression leiden, während dieser Anteil in der ständigen Wohnbevölkerung in der gleichen Altersgruppe, d.h. 18 bis 35 Jahre, nur 11% betragen würde.

Die Umfrage «[Feeling good?](#)», die im Mai 2020 unter den Studierenden der Universität Freiburg durchgeführt wurde, bestätigt diese alarmierenden Statistiken. Mehr als zwei Drittel der Studierenden gaben an, dass sie nach der Schliessung ihrer Universität einen Motivationsverlust (69%) und ein Gefühl der sozialen Isolation (64,6%) erlebt haben. Die [Swiss Corona Stress Study](#), eine im Jahr 2020 von der Universität Basel durchgeführte Umfrage, kommt zu denselben Schlussfolgerungen und zeigt einen exponentiellen Anstieg schwerer depressiver Symptome während der Pandemie. Im November 2020 hätten laut dieser Studie fast 30% der Studierenden unter 25 Jahren an solchen Beschwerden gelitten.

Diese Probleme haben sich während der Pandemie offensichtlich noch verschärft und würden bei Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen für die Hochschulen noch stärker zunehmen. In diesem Zusammenhang muss dem Zugang zu Bildung und der bereits prekären Situation der mentalen Gesundheit der Studierenden daher mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Wir fordern, dass das Verbot von Präsenzunterricht als *ultima ratio* behandelt wird.

Die Schliessung von Hochschulen muss eine Massnahme der letzten Instanz bleiben, die auf Ausnahmesituationen beschränkt ist, deren Elemente heute nicht gegeben sind. Zudem könnten sich die gesundheitlichen Bedingungen bis zum Beginn des akademischen Jahres stark verändern, wie der [wissenschaftliche Bericht](#) der Swiss National COVID-19 Science Task Force erwarten lässt. Wir fordern den Bundesrat daher auf, vor einer Schliessung der Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Kantonen und je nach Entwicklung der gesundheitlichen Lage alternative Massnahmen zu prüfen.

Unserer Ansicht nach gibt es verschiedene alternative Massnahmen zu einem Verbot des Präsenzunterrichts, die wirksam dazu beitragen könnten, das Ansteckungsrisiko an den Hochschulen zu verringern. Mögliche Beispiele wären die Verwendung von FFP2-Masken, die Einführung repetitiver Tests an den Bildungsstätten und die Stärkung des 3G-Prinzips. Letztere könnten leicht umgesetzt werden, wenn die epidemiologische Situation zu Beginn des akademischen Jahres weiterhin kritisch wäre. Aus Gründen der Verhältnismässigkeit sollte der Bundesrat unserer Ansicht nach daher auf ein generelles Verbot von Präsenzunterricht verzichten, bevor er alternative Massnahmen umgesetzt hat. Der Präsenzunterricht muss um jeden Preis erhalten bleiben, und ein Verbot kann nicht vor der Umsetzung alternativer Gesundheitsmassnahmen angeordnet werden.

Seit Beginn der Pandemie haben die Studierenden in der Schweiz zahlreiche Einschränkungen unterstützt und in vorbildlicher Weise zur Bekämpfung der Pandemie beigetragen. Die psychische Gesundheit der Studierenden ist jedoch bereits in «normalen» Zeiten im Vergleich zur Normalbevölkerung in einem besorgniserregenden Zustand.

Die neuen Einschränkungen würden zu einer zusätzlichen psychischen Belastung der Studierenden führen. Der Vorstand des VSS plädiert dafür, dass neue Massnahmen mit Bedacht und unter Berücksichtigung aller Elemente ergriffen werden, dass sie den Zugang aller Studierenden zur Bildung gewährleisten und dass ihre besondere Situation berücksichtigt wird.

Verabschiedet vom Vorstand des VSS am 13. Januar 2022.